

**Antrag 123/II/2018****ASG Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Ausreichende medizinische Versorgung sicherstellen: Bundesweite Lösung zur Finanzierung der Behandlung von Menschen mit unklarem Versicherungsstatus einführen**

1 Die SPD Berlin / die SPD fordert die Mitglieder der SPD-  
2 Bundestagsfraktion und die sozialdemokratischen Mit-  
3 glieder der Bundesregierung auf, eine bundesweite Lö-  
4 sung zur Finanzierung der Behandlung von Menschen  
5 mit unklarem Versicherungsstatus zu entwickeln und um-  
6 zusetzen. Ziel muss sein, dass für jeden Menschen in  
7 Deutschland medizinische Versorgung geregelt (ggf. vor-  
8 )finanziert wird, damit Jede und Jeder notwendige me-  
9 dizinische Hilfe auch real erhalten kann. In einem ersten  
10 Schritt muss grundsätzlich für alle Kinder und Jugendliche  
11 in Deutschland ein Versicherungsschutz sichergestellt  
12 werden.

13

**14 Begründung**

15 Trotz Versicherungspflicht sind nach Schätzungen in  
16 Deutschland hunderttausende Menschen ohne bzw. ohne  
17 ausreichenden Krankenversicherungsschutz. Betroffen  
18 sind beispielsweise Selbstständige, Privatversicherte mit  
19 Beitragsrückständen sowie deren Kinder, Menschen ohne  
20 Wohnung oder legalen Aufenthaltsstatus sowie arbeits-  
21 suchende EU-Bürger, die im Rahmen der Arbeitnehmerfrei-  
22 zügigkeit in Deutschland sind. Diese Menschen werden  
23 bei akuten Schmerzzuständen und Unfällen behandelt.  
24 Weitere medizinische Versorgung oder Beratung wird  
25 nach aktueller Gesetzeslage nicht erstattet. Eine Nichtbe-  
26 handlung von Krankheiten oder Verletzungen kann bei-  
27 spielsweise für Menschen mit chronischen Erkrankungen  
28 lebensbedrohlich werden.

29

30 In Berlin wird aktuell als Erstanlaufstelle für diese Men-  
31 schen eine Clearingstelle eingerichtet. Diese prüft, ob die  
32 Patientinnen und Patienten mit ungeklärtem Versiche-  
33 rungsstatus in eine gesetzliche Krankenversicherung oder  
34 private Versicherung vermittelt werden können und hel-  
35 fen diesen dabei.

36 Gleichzeitig sollen die Gründe für den fehlenden Versiche-  
37 rungsschutz systematisch erfasst werden und als Grund-  
38 lage für gesetzliche Änderungen dienen.

39

40 Sollte keine Möglichkeit der Kostenübernahme bestehen,  
41 werden medizinische Leistungen über einen steuerfinan-  
42 zierten Fonds erstattet. Das Berliner Modell soll für ei-  
43 ne bundesweite Lösung als Vorbild dienen, um Menschen  
44 in der ganzen Bundesrepublik ausreichend versorgen zu  
45 können.

46 Langfristiges Ziel muss sein, alle betroffenen Menschen in

47 die Regelversorgung zu überführen.